

## Beschlussprotokoll gemäß § 96 der Geschäftsordnung

der 45. Sitzung des Landtages Brandenburg  
am Mittwoch, dem 17. Mai 2017

Der Landtag hat die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

### **TOP 1 - Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Yezidinnen und Yeziden sowie anderen Minderheiten im Nordirak wirksam verhindern und ahnden**

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6565, Neudruck  
vom 09.05.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

### **TOP 2 - Aktuelle Stunde**

#### **Thema:**

#### **Funklöcher schließen - Digitale Daseinsvorsorge sichern**

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6567  
vom 09.05.2017

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

#### **Entschließungsantrag**

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6615  
vom 16.05.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

#### **Entschließungsantrag**

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6617  
vom 16.05.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

### **TOP 3 - Fragestunde**

Drucksache 6/6607

vom 15.05.2017

Drucksache 6/6587, Neudruck

vom 16.05.2017

Die Fragestunde hat stattgefunden. Die Mündlichen Anfragen 885, 890, 892 bis 896 und 898 bis 913 wurden durch die Landesregierung schriftlich beantwortet.

### **TOP 4 - Kinderrechte ins Grundgesetz**

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6574, Neudruck

vom 09.05.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

### **TOP 5 - Schulobst- und Schulgemüseprogramm endlich auch für Brandenburgs Schüler!**

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6526

vom 04.05.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

### **TOP 6 - Aufweichung des Bundesnaturschutzgesetzes im Bundesrat verhindern!**

Antrag des Abgeordneten Péter Vida  
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/6572

vom 08.05.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

### **TOP 7 - Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes**

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6518

vom 02.05.2017

1. Lesung

Der Landtag lehnte den Gesetzentwurf in 1. Lesung ab; damit hat sich der Gesetzentwurf erledigt.

**TOP 8 - Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 (Amtszeitenregelungsgesetz - AmtszeitenRG)**

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6519

vom 02.05.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen.

**TOP 9 - Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2017 im Land Brandenburg**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6521

vom 02.05.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen.

**TOP 10 - Kindertagesstättenanpassungsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6522

vom 03.05.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport überwiesen.

**TOP 11 - Gesetz über die Brandenburgische Kulturstiftung Cottbus-Frankfurt (Oder) (Brandenburgisches Kulturstiftungsgesetz - KultStG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6523

vom 02.05.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur überwiesen.

**TOP 12 - Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6524

vom 03.05.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Hauptausschuss überwiesen.

**TOP 13 - Schlichtungsstelle Schallschutz BER**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6175

vom 09.03.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

in Verbindung damit:

**Endlich die Rechte, Anforderungen und Bedürfnisse der Anlieger und Bürger am Flughafen BER für den Schutz der Gesundheit berücksichtigen**

Antrag des Abgeordneten Christoph Schulze

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/6529, Neudruck

vom 04.05.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

und

**Umsetzung des Schallschutzprogramms verbessern**

Antrag des Sonderausschusses BER

Drucksache 6/6562

vom 09.05.2017

**Änderungsantrag**

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6564

vom 09.05.2017

Der Landtag nahm den Änderungsantrag an.

**Änderungsantrag**

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6584

vom 10.05.2017

Der Landtag lehnte den Änderungsantrag ab.

**Änderungsantrag**

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6614, Neudruck

vom 16.05.2017

Der Landtag lehnte den Änderungsantrag ab.

Der Landtag nahm den Antrag unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrages (Drucksache 6/6564) an.

und

**Der Landtag Brandenburg bedauert die miserable Umsetzung des Schallschutzprogramms am BER**

Antrag des Abgeordneten Christoph Schulze  
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/6563

vom 09.05.2017

Der Landtag lehnte den Antrag in namentlicher Abstimmung mit 13 Jastimmen und 59 Neinstimmen ab.

**TOP 14 - Kommunale Daseinsvorsorge sichern - Siedlungswasserwirtschaft stärken**

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6575

vom 09.05.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

Britta Stark  
Die Präsidentin

# **Anlagen**

**zum Beschlussprotokoll 6/45**

**gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**der 45. Sitzung des Landtages Brandenburg**

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Yezidinnen und Yeziden sowie anderen Minderheiten im Nordirak wirksam verhindern und ahnden**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 45. Sitzung am 17. Mai 2017 zum TOP 1 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Dem Bericht der Untersuchungskommission des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen zu Syrien vom 16. Juni 2016 („They came to destroy: ISIS Crimes against the Yazidis“) zufolge werden im Irak und in Syrien durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) und andere vor Ort aktive Milizen schwere Gräueltaten begangen. Laut Bericht erfüllen diese den Tatbestand von schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Auch das Europäische Parlament sieht in seiner „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 4. Februar 2016 zu dem vom sogenannten IS verübten systematischen Massenmord an religiösen Minderheiten (2016/2529[RSP])“ in den Ereignissen im Irak und in Syrien schwere Menschenrechtsverstöße und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und geht davon aus, dass genügend Nachweise vorgelegt wurden, die auf Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und auf Völkermord an religiösen Minderheiten hindeuten.

Die internationale Gemeinschaft ist damit aufgerufen, eine Fortsetzung dieser schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu unterbinden und begangene Taten zu ahnden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass sich die Bundesregierung innerhalb der Vereinten Nationen und auf allen diplomatischen Ebenen erneut für eine Überweisung der Völkerrechtsverbrechen in Syrien und im Irak an den Internationalen Strafgerichtshof einsetzt,
2. dass Täter und Täterinnen, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, für die gegen die Volksgruppe der Yezidinnen und Yeziden oder gegen andere Minderheiten begangenen Verbrechen nach nationalem Straf- und Völkerstrafrecht vor deutschen Gerichten zur Verantwortung gezogen und die Verbrechen so geahndet werden können,

3. dass Konzepte zur Hilfe zur Selbsthilfe und Hilfen für von sexueller Gewalt betroffene Frauen vor Ort unterstützt werden,
4. dass ein interreligiöser Versöhnungsdialog der aus Syrien und dem Nordirak stammenden Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit in Deutschland eingeleitet wird,
5. dass die Bundesregierung auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz über die Lage der Yezidinnen und Yeziden im Nordirak berichtet.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag bis zum September 2017 einen Bericht über den Stand der Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 16. Dezember 2016 (Drucksache 6/5583[2. ND]-B) zuzuleiten.“

Britta Stark  
Die Präsidentin

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Funklöcher schließen - Digitale Daseinsvorsorge sichern**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 45. Sitzung am 17. Mai 2017 zum TOP 2 folgenden Beschluss gefasst:

#### **„Mobilfunklöcher schließen und die Netzabdeckung im Land Brandenburg in der Fläche verbessern**

Der Landtag stellt fest:

Trotz großer Fortschritte beim Aufbau von Mobilfunknetzen gibt es auch im Land Brandenburg noch ‚weiße Flecken‘. Ziel ist es weiterhin, dass mobile Kommunikation weitestgehend flächendeckend möglich ist.

Die Versorgungsaufgaben aus der Frequenzversteigerung von 2015 an die Mobilfunknetzbetreiber richten sich bisher an der Zahl der Haushalte aus. Danach sind 97 Prozent der Haushalte in den Bundesländern mit LTE zu versorgen. Diese Bezugsgröße wird den Möglichkeiten der modernen Kommunikation und den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung leider nicht immer gerecht. Auch dünn besiedelte Regionen sind zu versorgen, insbesondere Verkehrswege und andere Orte außerhalb von Siedlungsstrukturen, wo sich häufig Menschen aufhalten. Das Interesse an einer umfassenderen Versorgung besteht auch dort, wo es aus Sicht der Mobilfunknetzbetreiber unwirtschaftlich erscheint. In erster Linie sind dabei der Bund und die Bundesnetzagentur in der Pflicht entsprechende Rahmenbedingungen vorzugeben.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

- sich auf Ebene des Bundes dafür einzusetzen, dass sich bei zukünftigen Frequenzversteigerungen die prozentuale Ausbaupflichtung der Netzbetreiber nicht allein an den Haushalten, sondern auch an der Fläche und an vorhandenen Verkehrswegen orientiert;
- bei der Bundesnetzagentur auf eine Prüfung hinzuwirken, ob vor dem Hintergrund neuer technologischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Anforderungen künftig die Mobilfunkversorgung als Universaldienstleistung einzustufen ist;

- die vorhandenen Standorte des Digitalfunks der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im Land Brandenburg auch künftig den Netzbetreibern zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen;
- gemeinsam mit den Kommunen und Netzbetreibern nach Lösungen zu suchen, um die Anzahl der ‚weißen Flecken‘ im Land zu verringern (u. a. über Unternehmenskooperationen);
- zu prüfen, ob Änderungen an der Landesbauordnung den Ausbau zu einer flächendeckenden Mobilfunkversorgung beschleunigen können. (u. a. Genehmigungsfreiheit für Dachaufbauten).“

Britta Stark  
Die Präsidentin

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Kinderrechte ins Grundgesetz**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 45. Sitzung am 17. Mai 2017 zum TOP 4 folgenden Beschluss gefasst:

„I. Der Landtag stellt fest:

Bundestag und Bundesrat haben die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 im Jahr 1992 ratifiziert. Mit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention ist Deutschland die Verpflichtung eingegangen, „alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte“ zu treffen (Artikel 4 der UN-Kinderrechtskonvention). Dazu gehört auch die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz als leitendes, über allen anderen deutschen Rechtsnormen stehendes Gesetz.

Die UN-Kinderrechtskonvention allein hat keinen Verfassungsrang. Daher hat der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes bereits zwei Mal in seinen Abschließenden Bemerkungen zum Ersten bzw. Zweiten Staatenbericht gemäß Artikel 44 der UN-Kinderrechtskonvention die Bundesregierung aufgefordert, die Rechte des Kindes nach der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz aufzunehmen.

Auch der Bundesrat hat die Bundesregierung mit Beschluss 386/11 vom 25. November 2011 aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, in dem Grundrechte der Kinder ausdrücklich normiert werden. Eine entsprechende Forderung hat der Bundesrat am 10. Februar 2017 mittels Beschluss 793/16 erneut an die Bundesregierung gerichtet. Zwischenzeitlich hat das Land Nordrhein-Westfalen einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Bundesrat eingebracht (234/17).

Am 27. November 2014 hat das Europaparlament anlässlich des 25. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention eine Entschließung zu Kinderrechten gefasst. Darin fordert es alle Mitgliedstaaten dazu auf, die UN-Kinderrechtskonvention in nationales Recht zu gießen. Ergänzend haben die Justizminister- sowie die Jugendministerkonferenz mehrfach für eine Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz votiert. Diese Initiativen begrüßt der Landtag.

Die Verfassung des Landes Brandenburg regelt in Artikel 27 umfassend den Schutz und die Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Dabei sind vor allem folgende Leitsätze entscheidend: Kinder haben als eigenständige Personen das Recht auf Achtung ihrer Würde. Sie genießen in besonderer Weise den Schutz von Staat und Gesellschaft. Kindern und Jugendlichen ist durch Gesetz eine Rechtsstellung einzuräumen, die ihrer wachsenden Einsichtsfähigkeit durch die Anerkennung zunehmender Selbständigkeit gerecht wird. Ausgehend von diesen Leitsätzen sollen Kinderrechte auch in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Über das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Artikel 2 Grundgesetz) hinaus brauchen Kinder besonderen Schutz und besondere Förderung. Für das Aufwachsen, den Schutz und die Förderung der Kinder in unserer komplexen und modernen Gesellschaft tragen nicht nur die Eltern, sondern auch der Bund, die Länder und die Kommunen Verantwortung. Um diese besondere Situation klarzustellen müssen die Kinderrechte nach Ansicht des Landtages in das Grundgesetz aufgenommen werden.

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird beauftragt, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz einzusetzen.“

Britta Stark  
Die Präsidentin

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Umsetzung des Schallschutzprogramms verbessern**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 45. Sitzung am 17. Mai 2017 zum TOP 13 unter Berücksichtigung des angenommenen Änderungsantrages (Drucksache 6/6564) folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass gegenüber der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) geeignete Vollzugshinweise zur Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen nach Planfeststellungsbeschluss erlassen werden. Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Vorgelegte Baugenehmigungen oder gleichwertige Schreiben der Bauaufsichtsbehörde sind grundsätzlich als Nachweis anzuerkennen, ohne dass eine weitere Prüfung durch die FBB oder deren Beauftragte erfolgt.
2. Bei fehlender Baugenehmigung
  - a) ist grundsätzlich von der Legalität von Räumen auszugehen, wenn sie zu irgendeinem Zeitpunkt dem Bauordnungsrecht entsprochen haben. Nachträgliche Einbauten ohne Eingriff in die Statik des Hauses ändern daran nichts. Darunter fallen auch Räume, die nach der Änderung der Brandenburgischen Bauordnung nunmehr legal sind (Dies kann beispielsweise die Raumhöhe betreffen.);
  - b) wird unter Berücksichtigung der tatsächlichen Umstände entschieden, ob das Gebäude Bestandsschutz genießt. Die Anspruchsberechtigten sollen dabei alle vorhandenen Dokumente vorlegen, die auf eine rechtmäßige Nutzung schließen lassen. Kann eine Bestätigung der Bauaufsichtsbehörde vorgelegt werden, dass das Gebäude planungsrechtlichen Bestandsschutz genießt, ist sie als ausreichender Nachweis anzuerkennen.
3. Bei der Beantragung von Schallschutzmaßnahmen im Tagschutzgebiet sind grundsätzlich alle Räume als schützenswert anzuerkennen, die zum Wohnen, Schlafen oder Arbeiten dienen und genutzt werden. Ermessensspielräume sind zugunsten der Betroffenen auszulegen.

4. Küchen sind dann zu schützen, wenn sie gleichzeitig als Wohnraum dienen. Dabei sind im Sinne der Bewohner die tatsächlichen Umstände der Nutzung zu berücksichtigen. Ausschlusskriterien wie beispielsweise die Festlegung einer notwendigen Raummindestgröße sollen künftig keine Anwendung mehr finden.
5. Bautechnisch zertifizierte Außendämmungen werden aktiv gesucht und angeboten, um Wohnraumverluste zu vermeiden. Dies gilt insbesondere bei kleineren Grundrissen. Es soll analog zum Modul ‚Kastendoppelfenster‘ der FBB-Schallschutzfibel den Anspruchsberechtigten auch die Möglichkeit angeboten werden, zugunsten einer Außendämmung auf die Einhaltung des für den Tagschutz am BER erforderlichen Schutzniveaus zu verzichten.
6. Alle Entschädigungen (ASE-E) werden mit einem konkreten individuellen Beratungsangebot verbunden („aufsuchende Beratung“). Die Beratung soll nicht verpflichtend sein, aber es soll ein konkreter Ansprechpartner benannt werden.“

Britta Stark  
Die Präsidentin

## **Beschluss des Landtages Brandenburg**

### **Kommunale Daseinsvorsorge sichern - Siedlungswasserwirtschaft stärken**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 45. Sitzung am 17. Mai 2017 zum TOP 14 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Der demografische Wandel wird die Gesellschaft in Brandenburg in den nächsten 20 Jahren weiter stark verändern. Hiervon ist in besonderem Maße auch die Erbringung wichtiger Dienstleistungen der Kommunen zur Daseinsvorsorge betroffen. Die Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge sollen für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar und dauerhaft zugänglich bleiben.

Starke und effiziente Aufgabenträger sind die unabdingbare Grundlage für eine sichere und nachhaltige Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung in allen Regionen des Landes Brandenburg. Um dieses Ziel zu erreichen, ist vielerorts eine Konsolidierung der kommunalen Aufgabenerfüllung auf organisatorischer, betriebswirtschaftlicher und technischer Ebene notwendig.

Das dem Landtag vorliegende Leitbild ‚Zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft‘, welches auf Initiative des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft durch kommunale Aufgabenträger erstellt worden ist, bietet hierfür eine tragfähige Grundlage. Mit seinen inhaltlich breit aufgestellten Zielen und Maßnahmenvorschlägen wird es der Vielfalt von Herausforderungen und Lösungsansätzen in den verschiedenen Teilräumen des Landes Brandenburg gerecht. Die konsequente Zuordnung von Maßnahmenvorschlägen und Umsetzungsverantwortlichkeit verdeutlicht, dass die notwendigen Anpassungen als Gesamtprozess verstanden werden müssen, der einer Unterstützung durch das Land bedarf, in dessen Mittelpunkt jedoch ein starker kommunaler Gestaltungswillen auf der Grundlage einer festen kommunalpolitischen Verankerung stehen muss.

Der Landtag erwartet von den Gemeinden und kommunalen Aufgabenträgern, die notwendigen Schritte zur Umsetzung des Leitbildes auf kommunaler Ebene in Angriff zu nehmen, den Prozess initiativ fortzuführen und geeignete Dialogebenen mit der Landesregierung einzurichten.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Umsetzung des Leitbildes nach dem Grundsatz ‚fordern und fördern‘ zu flankieren und im Rahmen der jeweiligen Ressortzuständigkeit grundsätzlich zu unterstützen;
2. den Dialog mit den Interessenvertretern fortzuführen, hierin Zielvorgaben für nachhaltige Strukturen zu entwickeln, vorrangige Umsetzungsfelder zu identifizieren sowie geeignete Unterstützungsformen herauszuarbeiten. Die Erfahrungen der zurückliegenden Entwicklung sollen berücksichtigt werden;
3. Indikatoren für die Evaluierung von Strukturreformen zu erarbeiten, hieran die Wirksamkeit von Unterstützungsformen und Steuerungsinstrumenten zu überprüfen und zu beurteilen, für welche Zeiträume und in welcher Art und Weise eine unterstützende Flankierung durch das Land weiterhin noch erforderlich sein würde;
4. die für die Unterstützung des Prozesses erforderlichen Ressourcen sicherzustellen.“

Britta Stark  
Die Präsidentin